

Erfolg für die Bankenlobby

Von Markus Frühauf

Die Banken verdienen wieder Geld und fühlen sich stark. Fast zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers und der damit ausgelösten Eskalation der Finanzkrise ist die kurze Phase der Demut einem neuen Selbstbewusstsein gewichen. Diesen Eindruck gewinnt man auch nach der Lektüre der Ende Juli vorgelegten Vorschläge vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem Notenbanken und Aufsichtsbehörden aus 27 Ländern angehören. Denn die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln fallen in der jüngsten Fassung deutlich weicher aus als ursprünglich geplant. Die Lobbyarbeit der Banken hat also Früchte getragen. Die JP-Morgan-Analysten schätzen den nötigen Kapitalbedarf der 18 größten Banken in Amerika und Europa nur noch auf 95 Milliarden Dollar. Das ist ein Drittel der Prognose auf Basis der früheren Vorschläge.

Den Baseler Ausschuss, der bei der in Basel sitzenden Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angesiedelt ist, haben die Regierungen der 20 führenden Wirtschaftsnationen (G 20) beauftragt, als Lehre aus der Finanzkrise strengere Regeln für die Banken auf der ganzen Welt zu verfassen. Ende 2012 soll das von den Finanzmärkten „Basel III“ getaufte Werk in Kraft treten. Im September will der Baseler Ausschuss endgültig beschließen. Die G-20-Regierungen werden darüber auf ihrem Gipfel in Seoul Mitte November entscheiden.

Ziel ist es, das Finanzsystem krisenfester zu machen. Deshalb sind zum einen international einheitliche Wettbewerbsregeln nötig, um regulatorische Schlupflöcher zu schließen. Zum anderen müssen die Banken ausreichend Widerstandskraft, also Kapital und Liquidität besitzen, um für Krisen gerüstet zu sein. Doch die Banken sind erleichtert, weil das Korsett, das die Aufseher nun schnüren wollen, ihnen reichlich Luft zum Atmen lässt.

Ein Beispiel ist die Verschuldungsgrenze, die sogenannte Leverage Ratio. War man bislang davon ausgegangen, dass die Banken nur das 25fache ihres Eigenkapitals an Krediten vergeben dürfen, liegt die Grenze nun beim 33fachen. Mit der großzügigeren Verschuldungsgrenze setzt der Baseler Ausschuss ein falsches Signal, weil die zu leichtfertige Kreditvergabe eine Ursache für die jüngste Finanzkrise war.

Für die erfolgreiche Lobbyarbeit der Banken auf internationaler Ebene ist vor allem das Institute of International Finance (IIF) verantwortlich, dessen Vorsitzender Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann ist. Mitte Juni hatte der IIF auf seinem Treffen in Wien vor den deutlichen Wachstums- und Beschäftigungseinbußen einer strengeren Bankenregulierung gewarnt. Dem IIF zufolge wären in Amerika, Europa und Japan fast 10 Millionen Arbeitsplätze bedroht.

Quelle: FAZ vom 10.8.10

Das Argument der Bankenlobby ist einfach: Eine höhere Unterlegung der Kredite mit Eigenkapital verringert die Kreditvergabekapazitäten der Banken. Fehlt den Unternehmen der Treibstoff Kredit, gerät der gesamte Wachstumsmotor ins Stottern. Und das kostet Arbeitsplätze. Davor schrecken Politiker zurück. Weichere Kapitalregeln sind auch in ihrem Interesse.

So richtig es ist, eine wachstumshemmende Überregulierung der Kreditwirtschaft zu vermeiden, so falsch ist es aber auch, die Banken wieder in die alte Freiheit deregulierter Finanzmärkte zu entlassen. Denn ohne die Milliarden-Summen, die Steuerzahler

Wall Street setzt sich durch: „Basel III“ bringt keine strengen, globalen Spielregeln für Banken.

auf der ganzen Welt in den maroden Finanzsektor gepumpt haben, hätte die Finanzkrise ein noch viel schlimmeres Beben verursacht.

Doch knapp zwei Jahre nach Lehman liegt das Ziel international gleicher Spielregeln immer noch meilenweit entfernt. Während Deutschland eine Bankenabgabe einführen will, ist Amerika wieder davon abgerückt. Und es besteht auch nicht die Hoffnung, dass „Basel III“ diesem Ziel gerecht werden kann. Vielmehr droht das künftige Regelwerk ein Flickenteppich nationaler Einzelinteressen zu werden. So haben Bundesbank und die Finanzaufsicht Bafin, die Deutschland im Baseler Ausschuss vertreten, den jüngsten Entwurf nicht unterschrieben, weil sie die Interessen der deutschen Kreditwirtschaft gefährdet sehen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich oder Japan haben dagegen ihre Vorstellungen in den jüngsten Vorschlägen durchsetzen können.

Vor allem Amerikas Banken profitieren davon, dass unrealisierte Bewertungsgewinne zum ganz harten, also besonders belastbaren Eigenkapital gezählt werden. Diese Gewinne sind aber rasch verschwunden, wenn der Kurs des Wertpapiers sinkt. Warum sich nach dieser unsicheren Basis die Kreditvergabekapazität der Bank ausrichtet, bleibt ein Baseler Geheimnis.

Welche Bedeutung die Vereinigten Staaten einem internationalen Konsens beimessen, zeigt sich auch daran, dass dort nur höchstens 20 große Institute die Baseler Regeln anwenden werden. Der große Rest bleibt befreit. In Deutschland müssen dagegen 2000 und in Europa 12 000 Banken „Basel III“ umsetzen. Da dürften sich einige europäische Banken benachteiligt fühlen. Ein Fehlschlag wäre „Basel III“ jedenfalls dann, wenn Banken den strengen Aufsichtsregeln in ihrem Heimatmarkt ausweichen können, wenn sie bestimmte Geschäfte in Länder mit laxen Anforderungen verlegen.